

THÜRINGEN

BLÄTTER ZUR LANDESKUNDE

Im Mythenreich der Popkultur sind Rock und Rebellion ein Zwillingspaar. Lärmende Gitarren, Skandal und Schock, aufsässige Teenager – nie war Musik stärker mit Assoziationen des Aufruhrs beladen als nach den Schlachtrufen des „Rock around the clock“ und dem „Yeah, yeah, yeah“ der Beatles. Während der Westen das Image des Bürgerschrecks blitzschnell zur verkaufsfördernden Maßnahme stilisierte und die Reizschwellen immer weiter hinaus-schob, überlebte in der DDR der Glaube an die



subversive Kraft des Rock. Das hatte gesellschaftsspezifische Gründe. Lange Zeit als „Sirenengesang des Klassenfeinds“ verteufelt, wurde Rockmusik mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 und dem nun einsetzenden Kurs in Richtung „Konsumsozialismus“ als wichtiger Faktor der Jugend- und Kulturpolitik anerkannt. Und dennoch blieb das Verhältnis von Staat und Rock zwiespältig. Großzügige Förderung und schroffe Ablehnung hießen die Pole eines permanenten Zickzack-

Rock und Rebellion: Altenburg 1976

kurses. An dieser Musik entflamten heftige Interessenkonflikte. Die politischen Machtzentralen erkannten in ihr ein erzieherisches Mittel im Dienste des sozialistischen Persönlichkeitsideals. Dagegen stieg sie für viele Jugendliche zum Symbol eines anderen Lebens auf, jenseits der eingefahrenen

und kontrollierten Bahnen. Der Drahtseilakt entglitt zum Schlagabtausch, wenn Rockfans mit ihrer Anti-Haltung in aller Öffentlichkeit provozierten. Die DDR-Geschichte kennt dafür zahlreiche Beispiele – sei es die Leipziger „Beat-Demo“ vom 31. Oktober 1965, die Massenprügelei auf dem Berliner Alex-



Foto: Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Berlin

anderplatz am 7. Oktober 1977 oder das Scharmützel zwischen Sicherheitskräften und Jugendlichen, die Pfingsten 1987 zu Tausenden in der Hauptstadt zusammengekommen waren, um ei-

nem Openair akustisch beizuwohnen, das jenseits der Mauer, im Westteil, über die Bühnen ging. Eine tiefe Zäsur setzten auch die Vorfälle am Rande der 1000-Jahr-Feier Altenburgs.

Die Ereignisse

Das „sozialistische Volks- und Heimatfest“ lud vom 9. bis 11. Juli 1976 mit einem attraktiven Kulturprogramm in die thüringische Kreisstadt. Es sollte ein Unterhaltungsmarathon der Superlative werden und endete doch mit scharfen Dissonanzen. Die minutiöse, seit Herbst 1975 auf Hochtouren laufende Vorbereitung konnte nicht verhindern, dass sich eine „Reihe ernsthafter Vorkommnisse“ abspielte, „welche die Ordnung und Sicherheit erheblich beeinträchtigten.

Ursache waren die Anwesenheit und das Verhalten von etwa 2500 Gammeln und Jugendlichen mit dekadentem Aussehen“, so das Zentralkomitee der SED in einer internen Bilanz. Ein Dutzend erstklassig besetzter Konzerte und „Jugendtanzveranstaltungen“, u. a. mit den Rockgruppen Kreis, Karat, Modern Soul, Babylon, Zoe, mit Veronika Fischer, Sanssouci, Toast und Nova For, hatte den Ansturm ausgelöst. Die Shows waren durch Funk und Presse landesweit popularisiert worden.



Foto: Inst. für zeitgesch. Jugendforschung, Berlin

Ein Desaster von bislang ungekanntem Ausmaß nahm seinen Lauf. Das ZK schätzte ein: „Allein durch die verwahrloste Kleidung, die teils mit westlichen Symbolen, wie zum Beispiel USA-Flaggen, versehen war, und durch das abstoßende Aussehen und Verhalten des genannten Personenkreises wurde die festliche Atmosphäre erheblich beeinträchtigt. Störungen zeigten sich vor allem in rowdyhaften Handlungen, zum Teil unter starkem Alkoholeinfluss, wie zum Beispiel provozierendes Verhalten gegenüber Volkspolizisten, Anpöbeln gegenüber Bürgern, unsittliche Belästigungen, Betteleien unter Androhung von Gewalt, Beschädigungen öffentlicher Einrichtungen und Zerschlagen von Flaschen und Gläsern. Dieser Personenkreis lagerte und nächtigte gruppenweise und einzeln auf Straßen, Plätzen und in Anlagen, verschiedentlich wurde nackt in Schloss- und Parkteichen gebadet und die Notdurft in aller Öffentlichkeit verrichtet o. Ä. Es kam verschiedentlich zu staatsfeindlichen Äußerungen, wobei eine Abschir-

mung der Wortführer vor der einschreitenden Volkspolizei in den Gruppen erfolgte. Aus diesem Personenkreis wurden Losungen gerufen wie: ‘Wir machen, was wir wollen!’; ‘Wir wollen frei sein!’; ‘Wir werden beweisen, dass die Staatsmacht machtlos ist!’ Schimpfworte richteten sich besonders gegen die Volkspolizei, deren Angehörige wiederholt als ‘Bullen’ und ‘Nazischweine’ bezeichnet wurden.“

Der Zusammenprall blieb unvermeidlich, 103 Jugendliche, die aus elf Bezirken der Republik stammten, wurden verhaftet. Hochrechnungen zufolge waren etwa 70 Prozent der Tramper 16 bis 19 Jahre alt, überwiegend „junge Facharbeiter“ oder in Berufen „mit geringer Qualifikation“ tätig. Zehn Prozent der Delinquenten fielen in die Kategorie „vorbestraft“. Der Anteil von Frauen belief sich auf knapp ein Achtel. Gegen sieben der „zugeführten Personen“ wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, sechs landeten in Haft. Die Höchststrafe lag bei neun Monaten



Foto: Inst. für zeitgesch. Jugendforschung, Berlin

Freiheitsentzug, im Schnellverfahren über einen 20-jährigen Rohrleger aus Halle verhängt. Er hatte sich Polizisten in den Weg gestellt und skandiert: „Wir wollen fies und Rocker sein und kein dreckiges Bullenschwein!“ bzw., so vermerkt ein hochrangiges Stasi-Protokoll, „Heil Hitler!“ Die Mehrzahl kam mit geringen Bußgeldern, Verwarnungen und Belehrungen davon.

Nicht wenige der insgesamt 250.000 Besucher der Jubiläumsfeierlichkeiten zeigten sich über das für ihr Empfinden viel zu milde Einschreiten gegen die „Asozialen“ äußerst empört. Es hagelte

Beschwerden. Stimmen aus der Bevölkerung kritisierten, „dass solche Elemente in die Stadt einreisen dürfen“. Diese „Affengruppen“ wären eine Schande, ihr Anblick „für Frauen eine starke Zumutung“. „Sie sollten alle in ein Arbeitslager, damit sie wieder normal werden.“ Etliche berichteten von „abscheulichen Entgleisungen“: volltrunkene Männer, die „mit heraushängendem G-Teil“ die Toilette verließen oder sich mit Mädchen „im Dreck herumzielten“ und „ihre Liebesakte vollzogen“. „Tausenden hat es angesichts solcher Szenen in der Faust gejackt.“

Interne Auswertung

Ein NVA-Oberst aus dem brandenburgischen Strausberg wandte sich am 13. Juli direkt an das ZK der SED. Sein vierseitiger Brief, der das „unwürdige Schauspiel“ mit militanter Schärfe geißelte und auf „die Gedanken und Gefühle von Tausenden Bürgern“ sowie die Unfähigkeit der Altenburger Polizei verwies, löste eine Lawine aus. DDR-weit entbrannten hitzige interne Debatten über die Lehren des Thüringer Fanals. Der Massenaufmarsch der „Gammler“ forderte nicht nur wegen seiner Größenordnung zu Reaktionen heraus, er hatte sich zu allem Übel auf dem Präsentierteller eines Vorzeigefestes abgespielt, das pikanterweise unter der Losung stand: „Wir gehören zu den Siegern der Geschichte – Herz und Initiative für unser sozialistisches Altenburg“.

Nach einer Information des Ministers des Innern an Erich Honecker verabschiedete das ZK der SED am 8. Sep-

tember 1976 einen entsprechenden Beschluss. Das recht umfangreiche Dokument gestattete der Suche nach tieferen Ursachen gerade die paar Zeilen, die nötig waren, um die abgegriffenen Stereotype vom nie ruhenden „Klassenfeind“ und seinem Einfluss auf einen „kleinen Teil Jugendlicher“ herunterzubeten. „Unter ihnen wirken Vorstellungen von ‘absoluter Freiheit’, Freiheit vor dem Gesetz, freier Liebe, einer bestimmten Opposition zur Staatsmacht und unseren gesellschaftlichen Verhältnissen u. a.“

Als vorrangige Kanäle der Infiltration wurden westliche Medien und Rockmusik identifiziert. Die eigenen Bands, so lautete der Tenor, degradierten sich mit „dekadentem Showgebaren“ und „aufreizenden Rhythmen“ zu Handlangern des Gegners. „Verschiedene von ihnen treten hektisch auf, zeigen ein schlechtes äußeres Erscheinungsbild, benutzen eine undifferenzierte Laut-

stärke, kopieren westliche Vorbilder. Der Prozess beabsichtigter Veränderung vollzieht sich sehr langsam. Bei einigen Gruppen hat er sogar kaum begonnen.“

Das Visier richtete sich darüber hinaus auch auf die Kirche. Der evangelische Pfarrer des Nachbardorfes Rositz arrangierte für den 10./11. Juli eine provisorische Schlafstätte. Vorher hatte er in einem Telefonat mit dem Polizeikreisamt „seine Sorge um den Verbleib der Tramper“ ausgedrückt und bei der Superintendentur die Genehmigung eingeholt, die Altenburger Bartholomäuskirche öffnen zu dürfen. 300 Leute folgten seinem Ruf und übernachteten

im Gotteshaus, geschützt vor Kälte und Gummiknüppeln. Wer kein Geld hatte, bekam am nächsten Tag ein paar Mark für die Heimreise geschenkt. Die staatlichen Stellen registrierten die Geschehnisse voller Misstrauen. Seelsorge als alleiniges Motiv ließen sie nicht gelten. Der Geistliche unterlief mit seiner Aktion immerhin einen Plan der Polizei: Sie hatte eine Turnhalle gegen Ausfüllung von Meldezetteln als Bleibe zur Verfügung gestellt, wodurch die „namentliche Erfassung der Tramper“ möglich werden sollte. In der folgenden Nacht wurde die Kirche weiträumig umstellt, Quartiersuchenden der Zutritt verwehrt.

Rebellen oder Rowdys?

Eine differenziertere Sicht als die Auswertung der Partei offenbarten die Analysen der Stasi. Für sie waren die langhaarigen Provokateure keine willenslosen Marionetten des Westens, sondern vorsätzliche Feinde der DDR. Ob „Beischlaf in der Öffentlichkeit“, „demonstrativer und mit Verursachung von Lärm verbundener Alkoholgenuss“ oder „passiver und aktiver Widerstand“ gegen die Polizei – nach Ansicht des Mielke-Ministeriums wurzelten all diese Erscheinungen in einer „antisozialistischen, negativen politischen Grundeinstellung“. Die Altenburger Verhöre hielten die „Ablehnung der Staatsgewalt und der Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ schwarz auf weiß fest. Roberto (19) aus Leipzig: „Ich bin der Meinung, dass die Jugendlichen in der DDR zu wenig Freiheit haben. Ich habe immer

den Eindruck, als wenn einer hinter mir stehen würde.“

Ihre Haltung zum System trugen die blau-grün uniformierten Mädchen und Jungen mit der Verweigerung offiziell verordneter Kulturmuster zur Schau, handfeste Auseinandersetzung war nicht ihr Prinzip. Das bestätigte eine Auswertung der „Vorkommnisse bei Großveranstaltungen 1976“, erstellt vom Berliner MfS. „Bisher konnte in den erfolgten Vernehmungen und Befragungen nicht erarbeitet werden, dass einzelne Jugendliche/Jungerwachsene die Veranstaltungen mit dem Ziel aufsuchen, Konfrontationen mit dem Veranstalter, den Ordnungskräften oder den Sicherheitsorganen herbeizuführen.“ Der Pfarrer aus Rositz gab sogar zu Protokoll: „Keiner hat randaliert. Sie waren alle sehr höflich, ich habe gestaunt, wie bescheiden sie sind.“ Erst

der Einsatz von Polizei und Stasi ließ die Lage eskalieren.

Diese Kettenreaktion zog sich wie ein roter Faden durch die Rockgeschichte der DDR. Mitte der Siebzigerjahre wuchs die Zahl der geheimen Berichte über Tumulte und Schlägereien. Seinerzeit trieb ein Phänomen zur Blüte, das in der Ära des Beat geboren wurde und mit Woodstock neue Dimensionen erreichte: Jugendliche reisten an den Wochenenden angesagten Bands hinterher und zelebrierten ihre tabufreien Auffassungen von Sexualität, Genuss und Moral – ein Relikt der Flower-Power-Ideologie, die als Gegenentwurf zu Spießigkeit und Enge in der DDR geradezu magische Anziehungskraft behielt. Sie nannten sich „Tramper“, „Blueser“ oder „Kunden“ und kompensierten die Langeweile des Alltags durch ständige Bewegung. Neben privaten Kneipen und Tanzsälen im Süden der DDR und an der Peripherie größerer Städte besetzten die Jeans- und Parkaträger auch offizielle Räume. Sie

okkupierten traditionelle Freiluftveranstaltungen wie Städtejubiläen, Volks-, Heimat- und Pressefeste, die für DDR-Verhältnisse ein hohes Maß an Freizügigkeit erlaubten. Sonst eine marginale Erscheinung im öffentlichen Bild, mischten sich die „Langhaarigen“ unter Volk, präsentierten mit provokanter Lässigkeit ihre Statussymbole und kehrten den Exzess nach außen. Beliebte Wallfahrtsziele waren etwa das Schleizer Dreieckrennen, der Weimarer Zwiebel- und der Dresdener Striezelmarkt, das Baumblütenfest in Werder oder der legendäre Karneval in Wasungen. Hier kam es regelmäßig zum Crash mit der Staatsmacht; Gummiknüppel, Hundestaffeln und Verhaftungen gehörten zur Standardbilanz. Am 27. Juni 1976, also nur wenige Tage vor der 1000-Jahr-Feier, gerieten während des 13. Schmöllner Pfefferbergfestes etwa 150 „Gammer“ mit der Polizei aneinander. Zwanzig wurden zugeführt, vier landeten für bis zu 18 Monaten hinter Gittern.

Die Folgen

Mit den Vorfällen in Altenburg erhielten die Dinge durchschlagende Brisanz. Waren es früher wenige Hundert, die ihren Daumen in den Wind hielten, so überforderten nun die Heerscharen von Trampnern die Sicherheitskräfte hoffnungslos. Interne Berichte räumten ein, dass man mit maximal 300 „negativ-dekadenten Jugendlichen“ gerechnet hatte.

Die ungekannten Größenordnungen und die latente Frage, „wohin das alles

führe“, riefen zum ersten Mal das ZK der SED auf den Plan. Sonst wurden ähnliche Angelegenheiten möglichst pragmatisch in den Regionen geklärt, ohne viel Aufsehen. Altenburg avancierte zur Chefsache.

Der ZK-Beschluss vom 8. September fixierte weit reichende „Maßnahmen zur verstärkten politisch-ideologischen, künstlerischen und organisatorischen Einflussnahme auf Jugendtanz- und andere Veranstaltungen“. Weisungen ergingen an die Chefs der Räte der

Kreise und Bezirke, des FDJ-Zentralrats, der Ministerien für Kultur, Handel und Versorgung sowie des Innern, des FDGB, des Verbandes der Konsumgenossenschaften, der ZK-Abteilung Agitation, des Ministerrates und des Verbandes der Komponisten und Musikwissenschaftler. Sie betrafen v. a. Schwachstellen bei der Ausrichtung von Rockkonzerten:

- „– Vernachlässigung der Pflichten des Veranstalters für die Gestaltung des gesamten Ablaufes,
- konzentriertes Auftreten von Beatgruppen,
- übermäßiger und zum Teil ungesetzlicher Alkoholausschank,
- ungenügende Beachtung von Ordnung und Sicherheit,
- mangelnde Organisation,
- unververtretbare Werbung und Popularisierung,
- taktisch unrichtiges Reagieren bei Störungen“.

Ins Kreuzfeuer gerieten auch die Fans, „die sich unwürdig verhalten“ und nicht „in die Regeln sozialistischen Zusammenlebens“ einpassen, sowie „ungesunde Erscheinungen“ unter DDR-Bands, die „der sozialistischen Musikkultur fremd“ sind. Auffällig war, dass der Ruf nach härteren Bandagen durch einen „Grundsatz“ konterkariert wurde, der da lautete: „Die notwendigen Veränderungen sind in erster Linie auf dem Wege der Überzeugung herbeizuführen.“ Von diesem Credo blieb in den Institutionen und Regionen, wo die Probleme hautnah brannten, kaum etwas übrig. Erst schießen, dann fragen, hieß die Devise verschreckter Schreibtischtäter, bloß um nicht unangenehm aufzufallen.

„Es gab damals die ernsthafte Absicht, mit drastischen und wesentlich härteren Sicherheitsmaßnahmen bis hin zum Verbot solcher Gruppen gegen die Rockmusik vorzugehen. Für die Bands hing praktisch alles davon ab, welcher Bezirk für sie zuständig war“, erklärte ein ehemaliger Mitarbeiter der Kulturabteilung des ZK im Rückblick. „Es gab Bezirke, wo die örtlichen Organe sehr kulant waren, und andere, wo es richtig brutal zuging.“ Der Rat der Stadt Rostock etwa übte sich in vorsehendem Gehorsam und entzog noch im Sommer 1976 „ohne jegliche Konsultation mit übergeordneten Leitungen“ fünf Amateurkapellen die Lizenz. Dazu bedurfte es lediglich eines lapidaren Federstrichs unter Berufung auf den Berliner Beschluss.

Altenburg löste einen politischen Aktionismus aus, der zu den größten und langwierigsten in der Geschichte des DDR-Rock zählt. Republikweit machten spezielle Gremien und Einsatzgruppen mobil, es wurden „Aussprachen mit Leitern von Diskotheken und Jugendtanzkapellen“ geführt, Presse, Funk und Fernsehen verschärfte die Propaganda, in der ZK-Abteilung Kultur richtete man sogar die Planstelle eines Mitarbeiters für Unterhaltungskunst ein. Schulen und Betriebe hatten „ihre Kontrolle und Erziehungsmaßnahmen für die in ihrer Entwicklung zurückbleibenden Jugendlichen zu verstärken“.

Auch die Stasi zog die Daumenschrauben an. Erich Mielke erließ am 15. November 1976 einen Befehl an die Leiter der Dienstseinheiten „Zur vorbeugenden politisch-operativen Abwehrarbeit unter negativ-dekadenten Jugendlichen und Jungerwachsenen“. Die Präambel deutete die „Zusammen-

rottungen“ im Zeichen des Rock, welche sich „in letzter Zeit“ summierten, als Pulverfass: „Diese Vorkommnisse können zu einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und darüber hinaus zu einer Diskreditierung der Staatsmacht der DDR nach innen und außen führen.“ Das sollte durch eine Forcierung der Spitzeldienste und „Zersetzungstaktiken“ abgewehrt werden.

Wie ein Räderwerk griffen nach Altenburg kultur- und sicherheitspolitische Disziplinierungsstrategien ineinander und beschnitten wichtige Entfaltungsräume des Rock. Einmal in Gang gesetzt, war der Mechanismus dann schwer wieder zu stoppen. Neuerliche Vorfälle, die nun besonders eifrig registriert wurden, hielten ihn in Schwung.

Und dennoch blieben die punktuell erfolgreichen Attacken ein Pyrrhussieg. Die Szene hatte längst ein feines Gespür für die Schwächen des Apparates entwickelt und erschloss sich unaufhörlich neue Aktionsräume. Das permanente Ausweichmanöver besaß die Groteske des Wettlaufes zwischen Hase und Igel. Internen Berichten blieb nichts weiter übrig, als das Dauerproblem zu konstatieren. Eine zentrale Auswertung des ZK-Beschlusses zu Altenburg, Ende 1977 für Erich Honecker verfasst, musste eingestehen, dass es nicht gelungen war, „einheitlich zu handeln“. Das Ministerium des Innern

registrierte ungeachtet der erhöhten Alarmbereitschaft im Zeitraum von zwölf Monaten „negative Vorkommnisse“ bei „25 Tanzveranstaltungen, neun Presse-, Volks- und anderen Festen“.

Zur Windmühlenfechtereie entglitt auch der Kampf gegen unliebsame Bands. Die privaten Veranstalter ließen sich von Auftrittsverboten kaum beeindrucken. Auf ihrem Hoheitsgebiet galt das Faustrecht des rollenden Rubels. Staatliche Auflagen wurden, solange es irgendwie ging, ignoriert bzw. durch Korruption ausgehebelt.

Noch viele Jahre geisterte das Altenburger Menetekel durch die Amtsstuben. Im Februar 1980 tadelte Margot Honecker auf einer Sitzung des Ministerrates, die u. a. zu Fragen des „Jugendtanzes“ beriet, dass der ZK-Beschluss „offensichtlich nicht mehr überall Grundlage für die Arbeit der staatlichen Organe“ ist. Er solle „wieder stärker ins Blickfeld unserer Leiter rücken“. Wenige Jahre später hatte sich ihr Einwand endgültig erledigt. Nun ballten grellschöpfige Punks die Faust gegen das System, schockten Heavy-metal-Fans mit Muskeln und Leder und widerlegte eine wachsende Schar von Skinheads auf wahrhaft schlagende Weise, dass es in der DDR keinen Neonazismus gebe. Das alte Schreckgespenst des „Langhaarigen“ entschwand für immer in die Annalen der Politik.

Michael Rauhut

*Herausgeber:
Landeszentrale für politische Bildung
THÜRINGEN
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt,
www.thueringen.de/de/lzt
Autor: Dr. Michael Rauhut, Berlin
Druck: Druckerei Sömmerda GmbH
2003 (33)*